



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Was ist zu tun? — Feuilleton: Die Reumühle bei Zeitz auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung. — Unsere Volkshilfe. — Rundschau. — Adressenveränderungen. — Abschreibungen. — Anzeige.

Beilage: Der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterinteressen und Konsumenteninteressen. — Korrespondenzen (Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Königsberg).

Für die Woche vom 1. bis 7. Februar 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 6 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Der Tariffkampf der österreichischen Buchdrucker-Arbeiter und Arbeiterinnen hat zu einem allgemeinen Ausstand in allen Druckorten Oesterreichs geführt. — Die Unternehmer machten die größten Anstrengungen, durch Inlerate in der bürgerlichen Presse sowohl, als auch durch die Vermittlung von Streikbrecheragenten in Deutschland Personal anzuwerben.

Wir warnen vor der Annahme solcher Arbeitsangebote.

Sämtliche Druckereien Oesterreichs sind für Verbandsmitglieder gesperrt!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Was ist zu tun?

Nachdem diese Frage in der ausgiebigsten Weise in der „Solidarität“ diskutiert worden ist, dürften sich wohl unsere Mitglieder darüber klar geworden sein, daß der nächste Verbandstag nicht umhin kann, an unseren jetzigen Beitrags- und Unterstützungssätzen einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Bei allen denjenigen, die sich zu der Frage geäußert haben, herrschte Einmütigkeit insofern, als sie alle denselben Ziele, der Schaffung eines ausreichenden Reservefonds, zustreben. Geteilt sind nur die Meinungen über die Wege, die zur Beschaffung der Mittel einzuschlagen sind, dabei ist es nicht zu vermeiden, daß jeder einzelne sich bei seinen Vorschlägen von den eigenen örtlichen Verhältnissen leiten läßt und es wird daher die Aufgabe der zentralen Instanzen sein, aus allen Vorschlägen diejenigen herauszufinden, die für die Interessen der Allgemeinheit am zweckmäßigsten erscheinen.

Es handelt sich vor allen Dingen darum, unsern Verbände diejenige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die zum Kampf um die Verbesserung

der Lebenslage unserer Mitglieder unbedingt notwendig ist. Wohl hat schon der letzte Verbandstag in diesem Sinne gearbeitet, aber bereits dort ist von Verbandsvorstandsseite auf das Unzulängliche der gefaßten Beschlüsse hingewiesen worden mit der Aussicht, daß einem späteren Verbandstage die Ergänzung derselben vorbehalten bleibe. Inzwischen haben die Tatsachen die Richtigkeit dieses Hinweises bewiesen, es hat sich gezeigt, daß wir gegenüber solchen Bewegungen, wie wir sie 1911 durchmachen mußten, noch nicht genügend erlärkt sind, und wir nur mit außerordentlicher Kraftanstrengung imstande waren, die Folgen zu überwinden. Aber wir müssen alles daran setzen, eine Situation wie 1911 unmöglich zu machen, es darf sich nicht wiederholen, daß wir, wie damals in Leipzig, die Tarifverhandlungen mit den Buchdruckerbesitzern aufnehmen mußten, während wir noch im Kampf mit den Steindruckern standen, in einem Kampf, der unsere Kräfte fast vollständig geleert und das Machtbewußtsein der Prinzipale ganz erheblich gestärkt hatte. Ohne das Rückgrat einer gefüllten Kasse ist nun einmal eine ernsthafte Lohnbewegung nicht durchzuführen und der Verlauf der Leipziger Tarifverhandlungen wäre höchstwahrscheinlich ein anderer gewesen, wenn die Unternehmer nicht mit unserem damaligen Geldmangel gerechnet hätten. Wir haben aber noch ganz besonders Ursache, unsere Kräfte zu füllen, denn die Buchdruckerbesitzer, die früher nicht gerade in dem Ruhe, scharfmacherischen Tendenzen zu huldigen, standen, sind jetzt um so mehr vom Scharfmachergeist erfaßt worden und haben sich einen „Fonds für besondere Zwecke“ geschaffen, in den jeder Prinzipal pro beschäftigte Person wöchentlich 10 Pf. zu zahlen hat. Es kann natürlich keinem Zweifel unterliegen, gegen wen sich diese außerordentlichen Kräftigungen des Unternehmertums wenden und die Buchdruckerbesitzer haben auch unter richtiger Würdigung dieser Maßnahme, sofort nach Bekanntwerden dieses Unternehmerbeschlusses, ebenfalls einen solchen „Fonds für besondere Zwecke“ gegründet und erheben wöchentlich 10 Pf. Mehrbeitrag. Wir Hilfsarbeiter haben bisher diesem Umstande noch keinerlei Rechnung getragen und es ist darum auch höchste Zeit, daß auch wir unsere Maßnahmen treffen, um den Machtgefühlen des Unternehmertums, den beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, widerstehen zu können.

Wir stehen somit vor der Frage: Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Wollen wir ebenfalls wie die Buchdrucker einen Extrabeitrag für besondere Zwecke erheben oder aber, wollen wir unsere ordentlichen Beiträge erhöhen, und in Verbindung damit unsere Unterstützungssätze revidieren? Das eine ohne das andere wird nicht möglich sein, wenn wir unseren Mitgliedern nicht ganz außerordentliche Opfer zumuten wollen. Bisher ist ja die Frage eines Extrabeitrages für besondere Zwecke noch nicht diskutiert worden, und es ist deshalb nicht ersichtlich, ob die Mitgliedschaft es nicht vorzieht, diesen Weg zu gehen; eine Aussprache darüber wäre jedenfalls außer-

ordentlich wertvoll. Sollte die Errichtung eines Fonds für besondere Zwecke bei uns unzulässig sein, dann allerdings müssen wir die Mittel durch Reformen an unseren Beitrags- und Unterstützungssätzen herbeischaffen. Dabei möchte ich gleich vorweg bemerken, daß ich die Grundlage unseres Beitrags- und Unterstützungssystems für durchaus gesund halte und sie daher auch so bestehen lassen möchte. Es handelt sich nur darum, die Auswüchse, die sich als schädlich erwiesen haben, zu beseitigen, ehe sie größeren Schaden anrichten können. Ich muß mich auch gegen die vorgeschlagene Erwerbslosenunterstützung wenden, die meiner Ansicht nach nur geeignet ist, bereits vorhandene Mißstände noch mehr zu verschlimmern. Ich halte die Erwerbslosenunterstützung, wie sie von einigen Verbänden eingeführt ist, für durchaus ungeeignet zur Förderung der Zwecke und Ziele einer Gewerkschaft, die in erster Linie nun einmal in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Verbandsmitglieder bestehen müssen. Was hat damit aber die Krankenunterstützung zu tun? Die Arbeitslosenunterstützung hält den Arbeitsuchenden in den meisten Fällen von einer Preisunterbietung ab, und deshalb ist sie eine Notwendigkeit für die Gewerkschaften. Bei dem Kranken fällt die Arbeitsmöglichkeit und somit auch die Preisunterbietung fort, wenn sie aber trotzdem mit in die gewerkschaftlichen Einrichtungen aufgenommen ist, so deswegen, um auch dem hilflosen Arbeiter eine Stütze zu bieten. Auf keinen Fall aber kann die Krankenunterstützung der Arbeitslosenunterstützung gleich bewertet werden. Solange wir noch nicht genügend Mittel für die Aufgaben einer Arbeiterorganisation besitzen, müssen wir schon noch die Erweiterung unserer Krankenunterstützung zurückstellen.

Nun sind Stimmen dahin laut geworden, unsere Unterstützungen in der bisherigen Weise beibehalten zu lassen und dafür die Beiträge in sämtlichen Klassen zu erhöhen. Das wäre ja eigentlich der bequemste und sicherste Weg, um Mittel heranzuschaffen, obendrein ließe sich sogar ein genauer Anschlag der dadurch erzielten Mehreinnahmen machen. Leider aber dürfte dieser Vorschlag, soweit aus den bisherigen Äußerungen ersichtlich ist, wenig Gegenliebe finden, wohl vor allem deshalb, weil eine allgemeine Beitragserhöhung eine zu große Belastung für einen erheblichen Teil unserer Mitglieder bedeuten würde. Es ist ja auch nicht von der Hand zu weisen, daß viele Mitglieder weit eher für eine Unterstützungsreduzierung, als für eine allgemeine Beitragserhöhung zu haben sind, hegen sie doch meistens die stille Hoffnung, die Unterstützung nicht in Anspruch nehmen zu müssen und deshalb dürften wohl diejenigen Vorschläge die meiste Aussicht auf Bewirkung haben, die eine teilweise Beitragserhöhung unter gleichzeitiger Herabsetzung der Unterstützungssätze bezwecken. Der Vorschlag, die Unterstützungssätze in ein gewisses Prozentverhältnis zum Lohne zu bringen, wäre zweifellos eine ideale Lösung dieser Frage, sie muß aber auch für die nächste Zeit Ideal bleiben, denn sonst müßten wir auch unsere Unterstützungsstaffelung

aufgeben, da dann nur in jeder Klasse eine einheitliche Unterstützung gezahlt werden dürfte, höchstens durch die Bezugsdauer je nach der kürzeren oder längeren Mitgliedschaft von einander unterschieden. Die Vorbedingung einer solchen Vereinheitlichung der Unterstützung wäre dann aber eine Herabsetzung unserer bisherigen Höhe um mindestens 50 Prozent. Wir werden daher schon bei unserem Staffelsystem bleiben müssen und innerhalb desselben den nötigen Ausgleich zu schaffen suchen. Die bis jetzt vorliegenden Vorschläge zur Neugestaltung der Arbeitslosenunterstützung sehen ja zum Teil ganz bedeutende Herabsetzungen vor, dagegen haben sich nur wenige der Stimmen mit einer Veränderung der Bezugszeit befaßt. Kollege Schmid München sieht allerdings neben der Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung eine Verlängerung der Bezugszeit in der vierten und fünften Klasse vor. Er will damit gewiß diesen Mitgliedern einen Ausgleich für die verminderte Unterstützung bieten, aber dann wäre es nur gerecht, wenn auch für die Mitglieder der übrigen Klassen, die ebenfalls eine Herabsetzung der Unterstützung über sich ergehen lassen sollen, das Gleiche geschaffen würde. Aber abgesehen davon halte ich diesen Weg, der doch nicht zu Ersparnissen führen würde, für nicht recht gangbar. Auch Kollege Schmid sagt selbst, daß bei seinen Vorschlägen an der Gesamtsumme der Unterstützungen wenig geändert werden würde; aber weshalb sollen wir, wenn voraussichtlich zwecklos, uns erst mit einem solchen Experiment herumplagen? Schon die Tatsache, daß im letzten Jahre von insgesamt 90 000 M. Arbeitslosenunterstützung allein 80 000 M. auf die 4. und 5. Klasse entfallen, läßt uns die Verlängerung der Bezugsdauer dieser beiden Klassen auf 75 Tage als außerordentlich gefährlich erscheinen, zum Mindesten lassen sich dabei Ersparnisse nicht erzielen, und in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sind die Folgen nicht abzusehen. Es gibt aber auch keinen berechtigten Grund, daß diejenigen Mitglieder, die so schon höhere Unterstützungssätze beziehen, nun auch noch längere Zeit als die Mitglieder der untersten Klassen bezugsberechtigt sein sollen. Wollen wir einen Unterschied in der Unterstützungsdauer einführen, dann nur auf einer Grundlage, die auf der Dauer der Mitgliedschaft beruht. Und hier meine ich, ist die Stelle, wo am leichtesten reformierend eingegriffen werden kann. Wir erleben es so häufig, daß junge Mitglieder, die gerade unterstützungsberechtigt geworden sind, nun auf Kosten der älteren Mitglieder das Drei- und Vierfache ihrer Einzahlungen an Unterstützungen beziehen, und, wenn dann nichts mehr zu holen ist, obendrein der Organisation den Rücken kehren. Hier liegt offenbar eine Schädigung der Organisation vor,

und da schließlich kein Grund vorhanden ist, den jüngeren Mitgliedern dieselbe Bezugsdauer zuzugestehen, wie den seit vielen Jahren der Organisation angehörenden Mitgliedern, so dürfte hier wohl die geeignetste Stelle zum Ansetzen des Hebels sein. Wir brauchen auch durchaus nicht davor zurückzuschrecken, mit der gleichmäßigen Unterstützungsdauer zu brechen, weil es eine seit Gründung des Verbandes bestehende Einrichtung unseres Unterstützungssystems ist; wir tragen damit nur den veränderten Verhältnissen Rechnung. Es genügt vollständig, wenn die jüngeren Mitglieder eine Bezugsdauer von 30 Tagen besitzen, sie beziehen dann immer noch doppelt und dreifach soviel, als sie im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft eingezahlt haben und genießen auch noch die

übrigen Vorteile ihrer Mitgliedschaft. Für die unterste 20 Pf.-Klasse dürfte überhaupt die eine Staffel mit 30 Tagen vollständig genügen. Die Mitglieder können dann immer noch nach Zahlung von 10,50 M. zirka 40 M. an Unterstützung beziehen, eine Summe, die kein anderer Verband bei einem 20 Pf.-Beitrag leistet. In der zweiten Klasse könnten wir die Bezugsdauer auf 30 bis 45 Tage festsetzen und in der dritten und vierten bis zu 60 Tagen gehen. In der fünften und einer event. zu schaffenden sechsten Klasse ließe sich die Bezugsdauer vielleicht auf 75 Tage ausdehnen, um auf diese Weise ein gewisses Äquivalent für die einmal nicht zu umgehende Herabsetzung der Unterstützung zu schaffen. Dementsprechend mache ich folgenden Vorschlag:

Beitragsleistung		Arbeitslosen-Unterstützung			Kranken-Unterstützung		
		pro Tag M.	bis zu Tagen	Summa M.	pro Tag M.	bis zu Tagen	Summa M.
1. Klasse bei	50 Beiträgen à 20 Pfg. = 10,— M.	0,60	30	18,—	0,35	30	10,50
2. " "	50 " " " " = 15,— "	0,65	30	19,50	0,40	30	12,—
3. " "	50 " " " " = 20,— "	0,70	30	21,—	0,45	30	13,50
4. " "	50 " " " " = 25,— "	0,75	30	22,50	0,50	30	15,—
5. " "	50 " " " " = 30,— "	0,80	30	24,—	0,55	30	16,50
6. " "	50 " " " " = 35,— "	0,85	30	25,50	0,60	30	18,—
2. " "	125 " " " " = 37,50 "	0,70	45	31,50	0,45	30	13,50
3. " "	125 " " " " = 50,— "	0,80	45	36,—	0,50	30	15,—
4. " "	125 " " " " = 62,50 "	0,90	45	40,50	0,55	30	16,50
5. " "	125 " " " " = 75,— "	1,—	45	45,—	0,60	30	18,—
6. " "	125 " " " " = 77,50 "	1,10	45	49,50	0,65	30	19,50
3. " "	200 " " " " = 80,— "	1,—	60	60,—	0,55	30	16,50
4. " "	200 " " " " = 100,— "	1,20	60	72,—	0,65	30	19,50
5. " "	200 " " " " = 120,— "	1,50	60	90,—	0,75	30	22,50
6. " "	200 " " " " = 140,— "	1,80	60	108,—	0,85	30	25,50
5. " "	300 " " " " = 180,— "	1,80	75	135,—	0,85	30	25,50
6. " "	300 " " " " = 210,— "	2,—	75	150,—	0,90	30	27,—

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist eine allgemeine Steigerung der Unterstützungssätze je nach den gezahlten Beiträgen und der Dauer der Mitgliedschaft vorgesehen. Die bisherigen Unstimmigkeiten, die darin liegen, bei gleichen Einzahlungen ungleichmäßige Unterstützungen zu erhalten, sind beseitigt. Allerdings waren dabei zum Teil recht bedeutende Reduzierungen notwendig, sie sind aber unter möglicher Schonung der Rechte älterer Mitglieder vorgenommen.

Die vorgeschlagenen Unterstützungsreduzierungen würden ja nun eine ganz erhebliche Verminderung der Ausgaben zur Folge haben. Dies allein würde jedoch auf keinen Fall genügen, um den so notwendigen „Fonds“ für besondere Zwecke zu schaffen. Es müssen vielmehr recht viele Faktoren zusammen wirken, um den beab-

sichtigten Zweck zu erreichen und dazu soll auch eine teilweise Beitragserhöhung mit helfen, die möglichst von den leistungsfähigsten Schultern getragen wird. Ich kann deswegen auch nicht der vom Kollegen Schmid vorgeschlagenen allgemeinen Beitragserhöhung der fünften Klasse zustimmen, die zwar recht ergiebig ist, aber einen Teil der finanziell recht schwach dastehenden Mitglieder mit treffen würde, zu denen auch eine große Anzahl weiblicher Mitglieder gehört, die gerade an der Beitragsgrenze mit 20,— M. Wochenlohn stehen. Weil hier somit die Grenzlinie recht unsozial wirken würde, und außerdem die Unterstützungsfrage eine gewisse Rolle spielt, halte ich die Schaffung einer sechsten Beitragsklasse bei einem Wochenlohn von 24,— M. an für den gangbarsten Weg. Er bringt uns freilich nicht die

Die Reumühle bei Beitz auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung.

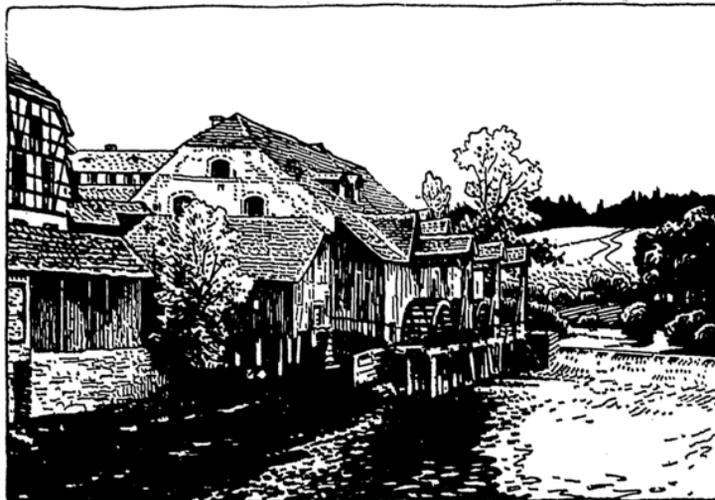
Von Adolf Beitz, Faurndan.

Die Besucher der Buchgewerbeausstellung werden neben den Maschinen der modernen Papierfabrikation auch eine alte Mühle aus der mittelalterlich-zünftigen Periode der Handpapiermanufaktur antreffen und sich zurückversetzt fühlen in eine Zeit, von der uns heute sonst eigentlich nur noch die Ueberlieferung berichtet. Die historische Büttenspapierfabrik Haynsburg, vom Verein deutscher Papierfabrikanten aufgekauft, wird in Leipzig ausgestellt und vorwiegend im Betriebe gezeigt werden.

Der letzte Besitzer der Anlage, Herr Seydel, ist noch im Besitze der Gründungsurkunde der Mühle vom 1. Oktober 1700. Danach hat die Herzogin Maria Amalia, Gemahlin des Herzogs Moritz Wilhelm, eine Tochter des großen Kurfürsten, die Erlaubnis erhalten, unterhalb Saubösch am Elsterströme eine Papier-, Mahl-, Schneide- und Delmühle zu bauen, auch Grund und Boden

dazu diesseits und jenseits der Elster. Das Anwesen sollte ein für alle Zeiten freies Allodium sein, und heute noch ist Herr Seydel ein

Stifte Raumburg-Beitz Hadern zum Papiermachen zu sammeln und durfte 1730 sogar vier Hadernhäuschen errichten. Nach dem Tode der Herzogin



Die 200 Jahre alte Papiermühle auf der Buchgewerbeausstellung. *)

freier Besitzer. Neben der oberen und niederen Gerichtsbarkeit hatte die Besitzerin das Recht, im

*) Die Photographie hat Herr Gen.-Schr. Dilges vom Verein deutscher Papier-Fabr. freundlichst zur Verfügung gestellt.

ging die Mühle als Erbteilsgut durch ein vom König von Polen bestätigtes Restrikt vom 8. August 1750 in den Besitz der Familie von Uffel über, von der es Johann Gottfried Seydel käuflich erwarb. Am 24. November 1789 trat dieser die Mühle um 8000 Taler an seine Söhne ab; sie blieb dann bis auf den heutigen Tag im Besitze der Familie Seydel, die bis 1909 dort auch Papier hergestellt hat. Der Verein deutscher Papierfabrikanten erwarb die Einrichtung der Papiermühle im vergangenen Jahre und nun sollen ihre Räder in Leipzig auf der Buchgewerbeausstellung nochmals einige Monate kappern. Nur mit Wehmut werden ihre alten Freunde sehen, wie sie, auf dem Umweg über Leipzig von Haynsburg, wo sie über 200 Jahre gestanden hat, endlich unter das Dach des Deutschen Museums in München wandert. — Die Reumühle hat natürlich stets nur Lumpenpapiere hergestellt, und wir wollen uns von Herrn Seydel erzählen lassen, wie er selbst dort noch Papiere gemacht hat und wie die Besucher der Ausstellung es sehen werden:

vom Kollegen Schmid gedachte Mehreinnahme, aber nach den bisher geäußerten Vorschlägen dürfte sich sowieso kaum eine Mehrheit für eine gleichmäßige Erhöhung der fünften Klasse finden, und wir sind auch schon aus Gerechtigkeitsgründen gezwungen, bei einer Beitragserhöhung bestimmte Grenzen inneweichen. Kollege Baumgarten schätzt die Mehreinnahmen durch die sechste Klasse in Berlin auf rund 14 000 Mk., dazu kämen dann noch zirka 3000 bis 4000 Mk. aus den übrigen Orten, so daß mit ungefähr 17 000 bis 18 000 Mk. Mehreinnahmen zu rechnen ist. Die hier gemachten Vorschläge auf Unterstützungsänderungen dürften rund 30 000 Mk. an Erparnissen bringen; die gesamte Beitrags- und Unterstützungsänderung würde rund 30 000 Mk. mehr ergeben. Wenn der vom Bremer Verbandstage abgelehnte Vorschlag, der die unterstützungsbeziehenden Mitglieder nicht mehr beitragsfrei läßt, bei seiner event. Wiederkehr nicht ein gleiches Schicksal erfährt, so würde sich dadurch die Summe für den Reservefonds noch etwas erhöhen. Ich halte es auch nicht für angebracht, über den bereits mehrfach erwähnten Beitragsverlust, der durch die Fluktuation bedingt wird, mit einer Handbewegung hinweg zu gehen; es steht zweifellos fest und ist auch bewiesen worden, daß bei sorgfältiger Beitragsergänzung eine ganze Anzahl Beiträge und Mitglieder für den Verband gerettet werden können. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, davon alles Heil zu erwarten, und ich habe auch noch keinen Augenblick damit gerechnet, daß die in meinen Ausführungen als verloren bezeichnete Summe hereingebracht werden könnte, aber ich bin überzeugt, daß ein ziemlicher Prozentsatz davon für den Verband zu retten wäre. Dabei ist durchaus nicht zu befürchten, daß diese Summe durch Unterstützungsbezug wieder ausgeglichen oder überfliegen werden könnte. Diese Annahme ist vielmehr gerade bei den jetzigen Zuständen berechtigt, bei denen es sich infolge mangelhafter Beitragsverzeichnis nicht feststellen läßt, wann der letzte Beitrag bezahlt wurde. Denn diejenigen, die Gelegenheit haben, Unterstützungs-einrichtungen des Verbandes benutzen zu können, haben es leicht, in dieser Hinsicht mit Erfolg zu operieren, auch wenn sie schon im letzten Vierteljahr keine Beiträge mehr gezahlt haben. Wenn wir also schon unter solchen Umständen vielfach gezwungen sind, Unterstützungen zu Unrecht aus-zuzahlen, so wollen wir wenigstens Sorge tragen, daß uns die Beiträge nicht entgehen.

Unter den Vorschlägen zur Verminderung der Ausgaben ist es der des Kollegen Schmid, der ganz besonders die Verwaltungs- und die Zeitungsansgaben aufs Korn genommen hat und mir gewissermaßen vorwirft, daß ich die Verwaltungsansgaben der Zahlstellen vermindern

Von dem unter dem Dache befindlichen hölzernen Lumpenschneider fallen die Lumpen durch einen Schlot in den Vorratskasten und werden nun nach Bedarf zur Füllung der Steintöpfe der vier Stampfen verwendet; jede Stampfe hat vier Hämmer, die durch Rufen auf einer kolossalen Holzwele hochgehoben werden und im Fallen mit ihren eisenbeschlagenen Köpfen die feuchten Lumpen zertrümmern. Der so gewonnene Papierstoff wird im Holländer zu Gangzeug fertig gemahlen und in die Vorratsbütte abgelassen. — Im Nebenraum befindet sich die Schöpferei. Eine große heizbare Schöpfbütte enthält den aus der Vorratsbütte entnommenen, vorher noch verdünnten Stoff, von dem der Schöpfer eine durch Wechsellrahmen in ihrer Höhe zu regelnde Schicht mit dem Handsieb abschöpft, durch Schüttern verfilzt und zum Teil entwässert. Der Gaußcher überträgt das Blatt auf Filztücher, dann wird es durch Pressen von einem weiteren Teil des Wassers befreit und endlich zum Trocknen aufgehängt. Das Glätten im zweifaligen Kaland, das Sortieren und Packen folgt als Endarbeit.

Alle Wellen und Hebel, wie auch die Räder und ihre Zähne sind, wie in alter Zeit noch, aus Holz. Staunend wird der Besucher der An-stellung vor der alten Mühle aus dem lauschigen Winkel am Esterstrome stehen, und ein Hauch früherer Tage wird ihn berühren.

wolle, doch die Verwaltungsausgaben des Hauptvorstandes ignoriert hätte. Daß er dabei nicht immer sachlich geblieben ist, nehme ich ihm, der nicht anders kann, weiter nicht übel, und da das persönliche Moment bereits in Nr. 50 der „Solidarität“ erledigt wurde, kann ich mich auf die rein sachlichen Momente beschränken; und da muß ich denn sagen, daß eine von mir beabsichtigte allgemeine Verringerung der Verwaltungsausgaben der Zahlstellen eine falsche Auffassung des Kollegen Schmid ist. Wenn ich von festen Bahnen gesprochen habe, so deshalb, weil durch die Fassung des § 17 des Statuts ganz unhaltbare Zustände geschaffen worden sind. Wenn den Zahlstellen, welche 5 oder 7½ Prozent der Einnahmen an Verwaltungskosten beziehen, damit eine nicht zu überschreitende Grenze der von der Hauptkasse zu beziehenden Gelder gezogen ist, so brauchen sich die Zahlstellen, die laut § 17 auf die Prozente verzichten, durchaus keine Beschränkungen in ihren Ausgaben und an Bewilligungsseifer für örtliche Zwecke auferlegen, da die Gesamtheit ja doch die Mittel aufbringen muß. Es liegen Fälle vor, daß diese örtlichen Ausgaben bis zu 50 Prozent der Einnahmen verschlingen haben, und die daraus sich ergebenden Auseinandersetzungen sind schließlich auch gerade kein angenehmes Kapitel. Und darum wird es notwendig sein, daß wir auch wieder in bezug auf die den Zahlstellen verbleibenden Verwaltungskosten ganz bestimmte Sätze, die event. je nach der Mitgliederzahl der Zahlstellen abgestuft werden, bestimmen. Große Schwierigkeiten dürften auch dem Vorschlage des Kollegen Werner, der die Uebernahme sämtlicher Kosten auf die Hauptkasse befürwortet, entgegenstehen. Entweder müßte dann vom Verbandstage genau bestimmt werden, was ausgegeben werden darf, oder aber sämtliche örtlichen Ausgaben unterstehen genau so wie die Verbandsausgaben der Kontrolle des Verbandsvorstandes. Freilich müßten dann auch die bisherigen für örtliche Ausgaben bestimmten Beiträge in die Verbandskasse fließen. An den von mir nicht erwähnten Verwaltungskosten des Zentralvorstandes und an den Druckkosten für die Zeitung dürften wohl nicht allzuviel Erparnisse zu machen sein. Es ist auch nicht bekannt, daß Mitgliedschaften die bisherigen Verwaltungskosten beanstanden hätten und eine Verbilligung der Druckkosten für die Zeitung wäre nur dann möglich, wenn der letzte Verbandstagsbeschuß, die Zeitung möglichst sechsseitig erscheinen zu lassen, rückgängig gemacht würde. Was aber die weiteren Druckkosten betrifft, so müßten wir schon, um sie zu vermindern, auf die Drucklegung der Verbandstags- und Tarifverhandlungsprotokolle und vielleicht auch auf die der Jahresberichte verzichten, denn diese bilden nun einmal das Hauptkontingent der Druckerkosten. Sie betragen im vorigen Jahre 5400 Mk., so daß für die übrigen Drucksachen noch 1900 Mk. verbleiben, und diese Summe werden wir auch in Zukunft für Mitgliedsbücher, Statuten, Formulare, Quittungsmarken und dergl. zur Verfügung haben müssen. Ich habe somit nicht die Hoffnung, daß an Drucksachen nennenswerte Erparnisse gemacht werden können. Ebensovienig Ausbeute ist bei den Reisekosten zu machen, denn wenn im vorigen Jahre für Reisen des Verbands-vorstandes im ganzen 1886,25 Mk. ausgegeben wurden, so können es doch immer nur einige hundert Mark sein, die event. gespart werden könnten. Ob der infolge einer Unterlassung entstandene Schaden das aber nicht reichlich auswiegt, ist eine andere Frage. Im allgemeinen wird stets sehr sorgfältig erwogen, ob eine Reise notwendig ist oder unterbleiben kann. Es stimmt auch nicht ganz, daß zurzeit mehr seitens des Hauptvorstandes gereist wird als es früher der Fall war. Es wurden nämlich in den Jahren 1907 bis 1909 im ganzen 6804 Mk. und in den Jahren 1910 bis 1912 zusammen 5177 Mk. für Reisen des Verbandsvorstandes verausgabt. In den ersten drei Jahren sind mitteln im Durchschnitt jährlich 2200 Mark gebraucht, in den letzten drei Jahren ist der Betrag auf 1726 Mk. heruntergegangen. Wir sehen somit, daß bei diesen Vorschlägen, so gut sie gemeint sein mögen, nicht allzuviel an Erparnissen herauskommen kann, schon deswegen, weil die einzelnen Posten nur einen geringfügigen Teil unseres Etats bilden. Es sei denn, der Verbandstag würde ganz einschneidende Beschlüsse in der

Richtung fassen, daß Art und Umfang der Drucksachen sowie die Seitenzahl der Zeitung und die Reisen des Verbandsvorstandes und der Gaußleiter streng umgrenzt sind. Ob das aber ein empfehlenswerter Schritt wäre, dürfte denn doch wohl recht zweifelhaft sein.

Nun ist noch von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß eine Kommission die das Statut betreffenden Anträge vor dem Zusammentritt des Verbandstages beraten und das Resultat dem Verbandstage zur Beschlusfassung vorlegen möge. Das wäre gewiß außerordentlich zweckmäßig, aber wie soll eine solche Kommission zusammenkommen, aus welchen Personen soll sie bestehen und wer soll sie ernennen? Soll dies Sache des Verbandsvorstandes sein? Diese Möglichkeit wäre vorhanden, wenn nicht der letzte Verbandstag eine solche Vorberaterungskommission strikte abgelehnt hätte, und darum ist es wohl müßig, diese Frage hier noch weiter zu erörtern. Bleiben wir deshalb für diesmal noch bei einer Beratung und Besprechung in der „Solidarität“, die überdies das Gute an sich hat, daß alle Mitglieder, soweit sie sich nicht direkt beteiligen, der Sache folgen können, und nicht durch unerwartete Beschlüsse überrascht werden. Auch auf diese Weise wird sich bei einigem guten Willen aller Beteiligten ein Weg finden lassen, der uns unserm Ziel, einen tüchtigen Reservefonds zu bekommen, näher bringt.

H. L o b a h l.

Unsere Volksfürsorge.

Seit 1913 ist bekanntlich das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherungsunternehmen in Tätigkeit. Hat nun schon, so lange der Plan dazu reifte, eine umfangreiche Gegenagitation von seiten derer, die sich bedroht fühlten von den Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft, stattgefunden, so setzte die Bekämpfung der Volksfürsorge erst recht ein, als sich die Verwirklichung dieses Planes immer mehr verdichtete. Das Schönste waren ja dann die im Herbst 1912 erfolgten Neugründungen von „Nationalen Volksversicherungen“, deren eine von der Landwirtschaft ausging mit dem Bestreben, die Landarbeiter für diese Versicherung zu gewinnen und das zu erwerbende Kapital den „Notleidenden“ als billigen Kredit zur Verfügung zu stellen; andererseits aber wollte man durch diese nationale Versicherung die Landarbeiterschaft sorglich vor der roten Volksfürsorge bewahren, denn man könne ja nie wissen, inwiefern durch diese die Landarbeiter mit den Ideen der Sozialdemokratie verseucht werden könnten. — Also allerhand gute Gründe! Man kann den Vätern der „Nationalen“ die Bewunderung nicht versagen, wenn man sieht, wie sie angeblich nationale Interessen für sich selbst in reichem Maße nutzbar zu machen verstehen. Und wahrhaft rührend ist die warme Fürsorglichkeit für ihre Arbeiter. Sie geht zwar nicht so weit, ihnen menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewähren, aber sie sollen doch wenigstens vor sozialdemokratischem Einfluß bewahrt bleiben, und das ist doch etwas wert. Denn es ist unverkennbar, daß sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter ein Grenel für die hochwohlgeborene Gutsherrschaft sein muß, fäntemalen solchen doch schließlich das oft noch recht patriarchalische Arbeitsverhältnis nicht mehr so besonders gefallen wird. Hier kann nun durch eine solche nationale Versicherung ein Schutzwall eingerichtet werden, indem man dem Arbeiter ein sorgenfreies Alter vorpiegelt, und da die Beiträge zur Versicherung gleich immer vom Arbeitslohn abgezogen werden, ist ein Loslösen von der „nationalen“ und Hinübergleiten nach der „roten“ Versicherung so gut wie ausgeschlossen. Und wie angenehm ist es dann noch außerdem, wenn die durch solche Zwangsversicherung aufgesammelten Gelder als billiger Kredit an unsere oßelbischen Landwirte abgegeben werden können! Wahrlich, es lohnt sich, auf diese Art nationale Interessen wahrzunehmen. —

Doch noch auf andere Art wird in „Nationalität“ gemacht. Fast zur gleichen Zeit wie die Landwirte waren 26 deutsche Lebensversicherungsgesellschaften zusammengetreten, und gemeinsam eine große gemeinnützige, natio-

nale Volksversicherung zu errichten und mit dieser die Schäden zu bekämpfen, die den bisher bestehenden Versicherungen anhafteten. — Also Schäden bestehen — das geben selbst die Vertreter der Gesellschaften zu, und sie wollen nun daran gehen, diese Schäden zu bekämpfen. Müßten sie deshalb erst zusammenkommen, und den vielen schon bestehenden Gesellschaften eine neue anfügen? Konnte nicht jeder bei seiner eigenen Gesellschaft anfangen, die Schäden auszurotten? Oder sind diese so groß, daß zur Bekämpfung derselben das Zusammenwirken aller notwendig ist? Wie dem auch sei, erfreulich ist es jedenfalls, daß solch löbliches Tun Platz greifen soll, bestreben muß aber, daß sich die Notwendigkeit dazu erst herausgestellt hat, als die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge auf den Plan getreten war.

Nun denke man sich einmal in die Lage der „Volksfürsorge“ hinein! Nicht nur, daß bei ihrem Entstehen schon eine ganze Reihe bestgeführter Volksversicherungsgesellschaften vorhanden sind, die natürlich die größten Anstrengungen machen, um dieser Neuerscheinung das Wasser abzugraben, ruft sie selbst durch ihr bloßes Erscheinen zwei neue Versicherungen auf den Plan, die beide von den höchsten Behörden protegiert werden und beide das erstrebenswerte Ziel haben, dem Volke die Nationalität zu erhalten und es nach Möglichkeit beschützen und behüten wollen vor der „roten“ Volksfürsorge. Sodann wurden von den verschiedensten Seiten die Behörden aufgefordert, die Volksfürsorge zu verbieten, denn sie sei der personalisierte Umsturz — die Selber derselben würden in sozialdemokratische Parteiklassen fließen, man würde sozialdemokratische Helfer damit besolden, und die ganze Organisation sei überhaupt nur dazu angetan, der sozialdemokratischen Partei neue Mitglieder zuzuführen, das Reich würde Selbstmord treiben, wenn es dieses sozialdemokratische Unternehmen konzessioniert.

Küßte aber alles nichts! In Deutschland gibt es nämlich das Kaiserliche Aufsichtsamts, das zur Prüfung aller Grundlagen, Statuten, Tarife, Sicherheiten usw. verpflichtet ist, und dieses konnte die Genehmigung nicht versagen, weil jedes Detail derselben bei der Volksfürsorge den gesetzmäßigen Ansprüchen vollkommen entspricht. Darob nun großes Entsetzen bei allen Frommen! War bisher schon der Dampf scharf gewesen, jetzt setzte er mit voller Kraft ein und wird manches Mal mit Waffen geführt, deren skrupellose Anwendung zur Bewunderung hureißt.

Daß nun die alten, sich in ihrer Existenz bedroht fühlenden Versicherungsgesellschaften alle Mienen springen lassen, um für sich herauszuholen, was nur geht, ist gar leicht verständlich; daß sie dabei aber zu den Mitteln der Lüge, Entstellung und Verdrehung greifen, ist gerade nicht als ein Zeichen ihrer eigenen Güte aufzufassen. Aber nicht nur die geschäftliche Seite der Volksfürsorge suchen sie in Mißkredit zu bringen, indem sie unwahre Behauptungen über deren Versicherungstarife verbreiten, — auch ihre Moral sucht man anzugreifen, indem man das alte und ewig neue Märchen von der sozialdemokratischen Tendenz der Volksfürsorge immer wieder erzählt, das ja eigentlich eine Beleidigung des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung ist, denn dieses hat über den rein wirtschaftlichen Charakter der Versicherung zu wachen und Anlage und Herausgabe der Selber scharf zu kontrollieren, damit sie nicht Zwecken zugeführt werden, die außerhalb der Interessen einer Versicherungsgesellschaft liegen. — Wer aber sich selbst nur dann ins rechte Licht zu setzen versteht, wenn er die anderen verleumdete, der muß von seiner eigenen Wohlaufrichtigkeit nicht allzusehr überzeugt sein.

(Schluß folgt.)

Rundschau.

Ludwig Reihäuser †.

Am 22. Januar ist im Krankenhaus zu Füßen der früheren Redakteur des „Korrespondent“, Ludw. Reihäuser, im Alter von 51 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der in der deutschen Buchdrucker-

bewegung und darüber hinaus eine hervorragende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1896, nachdem die damals wieder zustande gekommene Tarifaemeinschaft der Buchdrucker von allen Seiten auf das schärfste bekämpft wurde, übernahm er die Redaktion des Hilfsorganes, in der er 14 Jahre hindurch die Tarifaemeinschaft gegen alle Angriffe verteidigte und an ihrem Ausbau unermülich wirkte. Reihäuser war als Schriftsteller und Redner ein kraftvolles Talent und die scharfe Sprache, mit der er seine Meinung jederzeit zu vertreten verstand, hat ihm ebenbürtige Freunde wie Gegner in allen Lagern ertheilen lassen. Neben seinem Wirken für die Tarifaemeinschaft sowie den Buchdruckerverband verfolgte er jederzeit den Neutralitätsstandpunkt der Gewerkschaften, was seinen gänzlich ungerechtfertigten Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1897 in der Hauptsache zur Folge hatte. Darauf ist die Verbitterung zurückzuführen, mit der Reihäuser so manchen Konflikt mit der Parteipresse ausfocht und manches falsche Urteil über seine Anschauungen und sein Wirken in der öffentlichen Meinung auslöste. Im Jahre 1910 leitete er freiwillig die Redaktion des „Korrespondent“ nieder und von da ab hat sein unruhiges Temperament keinen rechten Halt mehr gefunden, bis er im Dezember vorigen Jahres nach mancherlei Irrfahrten versuchte, seinem Leben selbst ein Ziel zu setzen. Wenn ihm das auch nicht sofort gelang und es den Anschein hatte, daß er wieder hergestellt werden könnte, ist er jetzt doch seinem Leiden erlegen. Die deutschen Buchdrucker und mit ihnen alle, für die er gekämpft und ehrlich gewirkt hat, werden das Andenken Ludw. Reihäusers in Ehren halten.

Ein Jubiläum im Bildhauerverband. In unseren Zentralverbänden ist wieder ein Jubiläum zu verzeichnen: vor 25 Jahren, zu Beginn des Jahres 1889, begann der neu gewählte Vorstand des Unterstützungsvereins der Bildhauer seine Tätigkeit. Bestand die Organisation auch schon länger, seit 1881, so ist doch vom Jahre 1889, mit der Sitzverlegung der Zentralleitung von Stuttgart nach Berlin und der Wahl des neuen Vorstandes, ein festerer organisatorischer Aufstieg zu verzeichnen. Damals, bei der Sitzverlegung, zählte der Verband 1999 Mitglieder; die Mitgliederzahl stieg ständig, bis sie im Jahre 1906 mit etwas über 5000 ihren Höchststand erreicht hatte. Seitdem trat eine starke Krise im Gewerbe ein, die auf die Organisation lähmend wirkte. Die große Ausperrung in der Holzindustrie 1907 zog auch das kleine Gewerbe der Holzbildhauer stark in Mitleidenschaft. Vor allem aber hat die Stillrichtung in der Holzbildhauerbranche viele Bildhauer beschäftigungslos gemacht und sie zu anderweitiger Tätigkeit gezwungen. So kam es, daß der Verband heute nur noch rund 3800 Mitglieder zählt. Deshalb ist im Verbandsrat auch schon viel die Frage ventilert worden, ob der Anschluß an eine größere Organisation für die Berufsangehörigen nicht praktischer sei, eine Frage, die dadurch einige Schwierigkeiten bekommt, weil im Verbandsrat Holz- und Steinbildhauer vertreten sind, die bei der Auflösung der Organisation zwei anderen Verbänden zuerzählt werden müßten, dieselben doch wiederum gleiche Berufsinteressen haben.

Ehedem stand der kleine Verband der Bildhauer mit an der Spitze der deutschen Gewerkschaften. In den neunziger Jahren, zu einer Zeit, in der die übrigen Gewerkschaften erst stärkere gewerkschaftliche Anfänge zeigten, waren die Bildhauer nächst den Buchdruckern prozentual am stärksten organisiert; 65 bis 68 Prozent der Berufsangehörigen gehörten der Organisation an. Die Finanzlage der Organisation zeigt ein etwas anderes Bild. Bei der Uebergabe vor 25 Jahren betrug der Kassenbestand 15 756 M., jetzt beziffert er sich auf 151 159 M.

Mit diesem Jubiläum der Organisation blickt der erste Vorsitzende, Paul Dupont, auf eine 25-jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes und Redakteur des Fachorgans zurück. Dupont hat während dieser langen Tätigkeit die Organisation durch manche Kämpfe sicher hindurchgeleitet, und wenn es ihm nicht veradmt war, den Verband zu solchem Aufschwung zu führen, wie ihn fast alle unsere anderen Organisationen in der Zeit genommen haben, so waren daran einzig und allein äußere wirtschaftliche und beruflich-ungünstige Verhältnisse schuld. Die deutschen Gewerkschaften werden ihm und der tapferen kleinen Organisation ihre Anerkennung nicht versagen.

Weibliche Arbeitskraft in Fabriken. Die weibliche Arbeitskraft ist in den verschiedenen Gewerben sehr ungleich vertreten. Für die Organisationsbestrebungen des Proletariats ist es jeden-

falls wichtig, zu erfahren, in welchen Gewerbezweigen die weibliche Arbeitskraft am stärksten vorhanden ist, und wo durch das Zutreten von Arbeiterinnen die Gefahr des Lohnbruchs besteht. Dieser Gefahr kann nur durch entsprechende Maßnahmen der Arbeiterschaft entgegen gewirkt werden. Die Arbeiterinnen müssen möglichst vollständig organisiert werden und der Grundfab der gleichen Entlohnung für gleiche Leistung muß zur Geltung gebracht werden.

Wie sich die weibliche Arbeitskraft, nach Altersgruppen gegliedert, auf die verschiedenen Gewerbebetriebe verteilt, das zeigt die folgende Zusammenstellung. Im Jahre 1912 waren beschäftigt an weiblichen Arbeiterinnen:

Gewerbegruppen	Kinder bis 14 Jahre alt	Jugendliche 14 bis 16 Jahre alt	Erwachsene 16 bis 21 Jahre alt	über 21 Jahre alt
Bergbau und Hüttenwesen	14	921	7413	9570
Industrie der Steine und Erden	364	8249	26580	47328
Metallerarbeitung	354	12225	31691	48448
Maschinen und Werkzeuge	104	5079	29563	42983
Chemische Industrie	32	3083	9629	15307
Fortwirtschafliche Nebenprodukte u. a.	64	1409	8667	5362
Textilindustrie	2802	55391	155273	900521
Papierindustrie	275	10452	25742	37260
Leberindustrie	43	2456	8094	12329
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	196	4525	12059	22894
Nahrungs- u. Genussmittel	509	21285	32420	124678
Bekleidungsindustrie	1272	47594	131365	125171
Baugewerbe	25	218	1282	24522
Baugewerbe	—	18	168	643
Poligraphische Gewerbe	75	5105	17905	27887
Sonstige Industriezweige	4	213	749	1854

Die weitaus meisten weiblichen Arbeitskräfte weist demnach die Textilindustrie auf. Dann folgen das Bekleidungs- und das Nahrungsmittelgewerbe. Bemerkenswert stark ist die weibliche Arbeitskraft auch in der Metallverarbeitung und in der Maschinenindustrie. Der entwickelte Kapitalismus überträgt mit seiner raffinierten ausgeklügelten Produktionstechnik immer mehr die qualifiziertere Arbeit auf die Maschine, die auch von unerfahrenen Kräften bedient werden kann, und andererseits zeigt sich auch die Arbeiterin fast jeder Anforderung an Handgeschicklichkeit gewachsen und anpassungsfähig.

Die zunehmende Verbenennung weiblicher Arbeitskräfte in allen Gewerbegruppen bedingt erhöhte Anstrengungen, um diese Arbeiterinnen in die proletarische Kampforganisation einzufügen.

Adressenveränderungen.

Chemnitz.

Kassierer: Willy Kopel, Münchenerstr. 4. Unterstützungsauszahlungen nur Sonnabends Mittags von 12½ bis 2 Uhr Dresdenerstr. 38 („Volksstimme“).

Essen.

Vorsitzender: Otto Görbing, Gr. Arde 6 I.

Hannover.

Vorsitzender: Franz Kracht, Hannover, Nikolaitr. 7 III, Gewerkschaftshaus, Rim. 30.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 1: Eberfeld 56.73 M.
- Gau 3: Freiburg 10.90, Heilbronn 26.53, Mannheim 29.05 M.
- Gau 4: Kaufbeuren 65.65 M.
- Gau 6: Grimma 30.05 M.
- Gau 7: Bielefeld 45.98, Cottbus 53.92, Hirschberg 46.45, Königsberg 313.62 M.
- Gau 8: Berlin 14 219.65 M.
- Gau 9: Dresden 33.65 M.
- Gau 10: Kiel 102.65 M.

S. Sobahl.

Nachruf.

Am Donnerstag, den 8. Januar, starb in Steinenbronn (Württemberg) unsere liebe Kollegin

Barbara Schuld

(aus der Firma Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart) im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die Bahnhalle Stuttgart.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 5.

Berlin, den 31. Januar 1914.

20. Jahrgang.

Der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterinteressen und Konsumenteninteressen.

Denkschrift von Prof. Dr. F. Staubinger.

Daß die Arbeiterschaft heute in ihrem Kampfe gegen das Kapital in eine überaus kritische Periode eingetreten ist, wissen oder fühlen bereits die vorgeschrittenen Arbeiter. Es ist nicht mehr so leicht für sie, wie noch vor einem Jahrzehnt, Vorteile gegenüber den großen koalitierten Kapitalmächten herauszuschlagen; und wenn es gelingt, so wird die Errungenschaft zunehmend durch Verteuerungen aller Art wieder hinweggenommen.

Die Arbeiter beginnen nunmehr langsam zu begreifen, daß dieser Entwicklung gegenüber der Kampf um mehr Lohn nicht ausreicht, daß vielmehr auch die andere Seite bedacht und der Verteuerung entgegengearbeitet werden muß. Sie beginnen einzusehen, daß dies am besten und erfolgreichsten durch die Zusammenballung ihrer Kaufkraft in den Konsumvereinen geschehen kann.

Aber da sie den inneren Zusammenhang ihrer Käufertätigkeit mit ihrer Arbeitertätigkeit doch erst recht unvollkommen verstehen, so merken sie noch lange nicht ausreichend, ersichtlich: daß und wie sie selbst sich als Käufer das Joch auf den Rücken gebunden haben, unter dem sie nun als Arbeiter feufzen, zweitens, daß und wie sie selber durch ihre Behandlung der Konsumvereine eigenhändig das Werkzeug unbrauchbar und unwirksam machen, das für ihre Befreiungsarbeit von gerabegrunderndster und ausschlaggebendster Bedeutung sein könnte. So arbeiten sie noch durchaus zu Ruh und Frommen des Kapitalismus, während sie doch in gerade entgegengesetztem Sinne zu arbeiten glauben und zu arbeiten gewillt sind. Sie verhalten sich dem Kapital gegenüber genau ebenso, wie eine Gemeinde, die zwar die Dämme um ihren Wildbach mit den größten Kosten und Opfern instand hält und erhöht, aber dahinter die Wälder abforstet. Dadurch macht sie selbst die Wildbächen immer bedrohlicher, bis sie schließlich auch die stärksten Dämme zerreißen. So haben die Arbeiter bisher in ihren zweifellos notwendigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen — die damit in keiner Weise herabgesetzt werden sollen — das Kapital zwar bekämpft, aber sie haben ihm zugleich als Käufer noch unendlich mehr Reichtum und Macht in den Schoß geschüttet, als sie ihm auf jenen Wegen zu entziehen vermocht haben.

Daher stammt die heutige, schon ziemlich verzweifelte Situation. Die immer gewaltigeren Kapitalorganisationen bedrohen nunmehr die ganze Arbeitermacht immer mehr; und wenn die Arbeiter selbst nicht ganz andere Maßnahmen als Käufer ergreifen, so müssen sie endlich doch unterliegen. Dann aber werden wir unvermeidlich eine ähnliche Entwicklung wie im alten Romereiche, d. h. einen Rückfall in die Barbarei zu gewärtigen haben.

Um diese Behauptungen als richtig einzusehen, brauchen die bereits durch Karl Marx geschulten Arbeiter nur noch eine kleine weitere Konsequenz aus den Lehren dieses Denkers zu ziehen als bisher. Er selbst konnte sie während des zu seiner Zeit herrschenden Freihandels nicht sehen und ziehen; im Zeitalter der Ringe und Kartelle aber drängt sie sich dem Blicke geradezu auf.

In seiner Geschichtslehre hat Marx gezeigt, daß die Art, wie sich die Menschen in der Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Wohnung zu einander verhalten, auch die Art einschließt oder doch bedingt, wie sie sich rechtlich, moralisch und politisch zu einander verhalten können und müssen. Engels betont gegenüber Dühring ganz ausdrücklich, daß das Bürgertum den ehemaligen Feudaladel „lediglich durch Veränderung der Wirtschaftsfrage“ besiegen konnte, „der eine Ver-

änderung der politischen Zustände früher oder später, freiwillig oder erkämpft nachfolgte“.

Die naturnotwendige Folgerung hieraus aber ist: Die politische Macht kann nur Begleit- und Folgeerscheinung, nicht aber Ursache einer sozialen Veränderung sein. Wie einst der Handel sich allmählich in die Falten und Risse der feudalen Wirtschaft einsetzte und sie dadurch schließlich auch rechtlich und politisch auflöste, so muß auch heute die soziale Wirtschaft sich in die Falten und Risse der kapitalistischen Wirtschaft einsetzen, und kann erst allmählich eine entsprechende Veränderung der politischen und rechtlichen Zustände herbeiführen. Die wirtschaftliche Macht ist die Grundlage der politischen Macht. So sagt auch Rudolf Hifferding.

Wie aber diese Wirtschaftsmacht gewinnen? Das ist die zweite Frage. Auch sie ist einfach zu beantworten, wenn wir die Wert- und Mehrwerttheorie von Karl Marx nur um ein Haar breit weiter ausdenken als es Marx seinerzeit zu tun vermochte. Es zeigt sich dann sonnenklar, daß die Arbeiterschaft tatsächlich die wirtschaftliche Macht in der Hauptsache schon seit langem besitzt, daß sie sie aber immer wieder zum Fenster hinauswirft statt sie zu nutzen.

In seiner Wertlehre hat Marx besonders das Verhältnis von Arbeit und Kapital behandelt. Im Industriesystem lassen die Unternehmerbetriebe die Güter durch Haus- oder Fabrikarbeiter produzieren, um sie danach mit Nutzen zu verkaufen. Dieser Nutzen aber stammt in seiner Gesamtheit, wenn auch nicht überall im besonderen, daher, daß die Arbeiter nicht den vollen Wert ihrer Arbeitsleistung bezahlt bekommen. Was die Arbeiter also an Arbeitslohn entzogen bekommen, das erhält das Kapital an Mehrwert.

Diesen Mehrwert benutzt es zum kleineren Teil dazu, daß die Unternehmer besser leben; zum größeren Teile aber dazu, immer mehr Kapital anzuhäufen und die Macht der Kapitalisten über ihre Mitmenschen zu vermehren. Den letzteren Teil können natürlich — wie Marx ausdrücklich sagt — die Arbeiter auch im sozialen Gemeinwesen nicht persönlich in Anspruch nehmen. Sonst würden sie bald keine Produktionsmittel mehr haben, und mehr als heute verarmen. Sie müssen sogar — nach S. Kautsky — einen verhältnismäßig größeren Teil als heute den gemeinschaftlichen Produktionsmitteln zuführen, sonst können sie auch persönlich nicht mehr Nutzen als heute erzielen. Der von manchen Arbeitern gehegte Glaube, als werde später einmal ihr ganzer Arbeitsvertrag ihr persönliches Eigentum werden, ist so unmoralisch und unsozialistisch als möglich, und sogar der kapitalistischen Denkwelt gegenüber durchaus rückständig zu nennen. In der Praxis können wir damit statt voran, bald wieder um Jahrhunderte zurück.

Der Unterschied des kapitalistischen vom sozialistischen Betriebe besteht vor allem darin, daß im ersteren die Produktion und der Vertrieb von einzelnen im Interesse von einzelnen regiert wird, im letzteren aber von der Gesamtheit zum Nutzen der Gesamtheit. Und da jeder, der dies will, eintreten kann, so ist sie im Prinzip völlig allgemein sozialistisch. Ob sie es auch in Wirklichkeit ist, das hängt einzig und allein von der Behandlungsweise durch ihre eigenen Mitglieder ab.

Im Kapitalverhältnis aber wird der Mehrwert den einzelnen Kapitalisten keineswegs durch ihre Arbeiter als Profit zugeführt, wie diese oft glauben. Das ist ein zweiter Punkt, worin die Arbeiter sehr oft ihren Marx in überaus verhängnisvoller Weise mißverstehen. Nur die Gesamtheit der Arbeit liefert dem gesamten Kapital den Mehrwert. Aber als Profit der einzelnen Kapitalisten wird dieser Mehrwert auch nach Marx nicht durch die Arbeit, sondern durch den Verkauf realisiert; und hierauf haben die Arbeiter als Arbeiter gar keinen Einfluß. Wären die Arbeiter als Arbeiter daran schuld, daß die eine Fabrik hohe, die andere Fabrik niedere Profite er-

hält, so müßten sie entweder warten, bis die Unternehmer mit Nutzen verkauft hätten, oder gar ihre Arbeitslöhne beim Bankrott eines Geschäfts zurückzahlen, weil sie Minderheit statt Mehrheit geschaffen hätten. Dafür würden sie sich wohl befehlen bedanken. Der Glaube, daß die Profite eines Unternehmens von dessen eigenen Arbeitern geschaffen wären und diesen von Rechts wegen gehörten, ist also ebenfalls ganz unmoralisch. In der Wirklichkeit kommt es ja oft genug vor, daß der notleidende Fabrikant das Produkt von vielen Arbeitern mit Schaden losschlägt, und der sie aufkaufende Händlerspekulant zieht daraus enorme Profite, obwohl er selbst kaum nennenswerte Arbeitskräfte beschäftigt. Aber auch sonst geschieht das. Da sitzt so ein Kaufmann in London in einem Souterrain mit zwei Gehilfen, und macht Geschäfte für Hunderttausende und Profite von Zehntausenden. Haben etwa dessen beide Gehilfen hier die Mehrwert bezw. Profite erzeugt? Nein, nicht in seiner Eigenschaft als Produktionsherr, sondern in seiner Eigenschaft als Verkäufer realisiert der Unternehmer oder der Händler die Profite. Der Arbeiter hat nur die darin stehenden latenten Werte geschaffen. Aber wem diese zukommen werden, das kann man nur selten merken.

Hier aber ist nunmehr der Punkt hinzuzunehmen, den Marx nicht untersucht hat. Er behandelt nur die Beziehungen von Arbeit zu Kapital, und zum Teil auch die Beziehungen des Kapitals zu seinen Käufern. Aber er behandelt dabei weder die umgekehrte Beziehung der Käufer zum Kapital, noch auch die damit zusammenhängenden Beziehungen zwischen Arbeit und Konsum. Darauf aber müssen wir heute den Ton legen.

Wenn das Kapital verkaufen will, so braucht es natürlich Käufer. In diesen Käufern aber liegt der entscheidende Gesichtspunkt. Wenn man ihn erst einmal gesehen hat, so ist das Ganze nicht schwieriger zu verstehen als das Ei des Kolumbus. Die Bedeutung dieser Käufer sei darum genauer betrachtet.

1. Der Unternehmer, der Händler, sie müssen die vom Arbeiter gefertigten Waren verkaufen, damit die Werte aus bloßen Wertgegenständen zu wirklichen Werten werden. Für den Kapitalisten werden sie das, wenn sie in klingende Münze umgekehrt sind. Volkswirtschaftlich aber werden sie es erst dann, wenn sie zu demjenigen gelangen, der sie verbraucht. Dieser letztgültige Kunde also, der Speise und Trank, Kleidung und Wohnung kauft, bezw. letztere mietet, er erst realisiert die in den Wertgegenständen stehenden Werte.

Die erste wichtige Konsequenz der Lehre von Marx ist also: Der Arbeiter erzeugt die Wertgegenstände, der Kunde aber realisiert die Werte.

Wir sehen daraus, welche wichtige Personen die Kunden und so auch die Arbeiter als Kunden für das Kapital sind, und wir können uns dabei gleich bergewärtigen, welche wichtige Personen allein die 10—12 Millionen industrieller Arbeiter mit ihrer Kaufkraft von etwa ebensoviel Milliarden sind.

2. Aber nun realisiert der eine Unternehmer viel, der andere wenig von diesen Mehrwerten, selbst wenn er ebensoviel Arbeiter und Waren hat als der andere. Das richtet sich, wie gesagt, nicht bloß nach der Menge der Arbeiter, sondern vor allem nach dem Absatz. Wer viel Absatz hat, wird reich, wer dauernd wenig Kunden hat, kann die Bude zumachen.

Was aber folgt daraus? Doch offenbar, daß nicht die Arbeiter, welche die Wertgegenstände schaffen, sondern die Kunden, welche sie abkaufen, die eigentlichen Zubringer der Profite sind.

Der zweite Satz, der als unausweichlicher Folgesatz des Marxismus zu betonen ist, lautet also: Die Arbeiter erzeugen die Werte, die Kunden verteilen den Profit. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 18. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung teilte Kollege Gloth nach dem üblichen Neujahrsgruß und der Verlesung und Annahme des Protokolls der letzten Versammlung zunächst den Tod des Kollegen Herrn. Kronenberg mit. Das Andenken an denselben wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Durch die Erkrankung des Kollegen Preißing machte sich im Bureau die Einstellung einer Zuschüsse nötig, die Versammlung gab dazu ihre Zustimmung. Der Bibliothek-Kommission wurden 200 Mk. zur Anschaffung neuer Bücher gelegentlich der Ausarbeitung eines neuen Katalogs bewilligt. Ueber die von der Gewerkschafts-Kommission veranstalteten Sammlung zur Arbeitslosenversicherung wurde mitgeteilt, daß 200 Mitglieder mit zur Hälfte Bonus und zur Hälfte barem Geld, 29 mit nur Bonus und 41 mit nur barem Geld bedacht wurden. Außerdem hat der Ortsvorstand noch 262 Mitglieder mit 10 Mk. und fünf mit 5 Mk. unterstützt, woraus der Ortskasse eine Ausgabe von 2645 Mk. entstand. Kollege Reister bemängelte die Heranziehung der Warenhäuser durch die Gewerkschaftskommission und fragte, ob der verbliebene Ueberschuß zur Auszahlung gelangt. Kollege Baumgarten I. erklärte, daß auch kleinere Lieferanten herangezogen wurden, und erwiderte auf die Anfrage, daß der Ueberschuß zu demselben Zweck, zu dem die Sammlung vorgenommen wurde, verwendet werden wird. Sodann verwies Kollege Gloth auf die am 15. Februar stattfindende Ausschlußwahl zur Ortskassenkasse und betonte, daß jedes wahlberechtigte Mitglied dort erscheinen muß; es findet eine Kontrolle in jedem der acht Wahllokale statt, auch werden alle Nichtwählenden zur Rechenschaft gezogen. Hiernach wurden die Kollegen Odenfels, Raß, Müller (Elsner) und Schmitt wegen Verstoß gegen die Organisationsprinzipien ausgeschlossen. Zur Wahl der nichtangestellten Vorstandsmitglieder bemerkten einige Vertreter der Steindruckkollegen, daß der bisherige stellvertretende Vorsitzende Goldbeck, da er im Buchdruckfeld jetzt arbeite, ihre Interessen nicht mehr so vertreten könne, wie es notwendig sei. Sie schlugen deshalb den Kollegen Bremer vor, der erst wegen Zeitmangel abwesend, nachher aber im Interesse der Sache annahm. Schließlich wurde Kollege Goldbeck mit 81 Stimmen gegen 34, die auf den Kollegen Bremer fielen, bei mehreren Stimmenthaltungen, als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Als stellvertretender Kassierer wurde Kollege Lobe gewählt. Bei der Wahl der Schriftführer wurde ein Antrag Schmidt, die Wahl unseres Kollegen Preißing auszusprechen, sowie ein Zusatz Bergemann, dies bis zur nächsten Versammlung zu tun, angenommen. Hierauf wurden als Schriftführer die Kolleginnen Marie Müller und Würstl und die Kollegen Bergemann und Weich einstimmig gewählt. Als Beisitzer wurde Kollege Sebaste gewählt. In die Revisions-Kommission wurden die Kollegen Rimmann und die Kollegen Dehmel, Altenborn und Aldert, letzterer als Stellvertreter, gewählt. Beim vierten Punkt: Aussprache über den Bildungsausschuß, gab Kollege Gloth in der Einleitung die Gründe bekannt, die den Vorstand veranlassen, den Kollegen Fuß als Obmann des Bildungsausschusses nicht mehr anzuerkennen und verlas die diesbezüglichen Schriftstücke. Es handelte sich jetzt um die Frage, ob wir uns wieder einen Ausschuß wählen oder nicht. Kollege Fuß stellte alle von Gloth angeführten Momente anders dar und erhob gegen den Vorstand den Vorwurf, daß bei demselben Rechtshaben und Rechtstreuen zwei verschiedene Dinge sind; auch werde er absichtlich mißverstanden, da er als Mann der Neuzeit zutreffe. Zum Schluß ersuchte er, nicht die persönliche Sache über die ganze Angelegenheit zu stellen, weil Bildung nötig ist. Es entspann sich eine ausgedehnte Diskussion, in der nur Kollege Schmidt den Standpunkt Fuß vertret, während die Vorstandsmitglieder Gloth, Baumgarten I., Bergemann, Rufffeldt, Toni Sanna und Marie Müller ihren Standpunkt vertraten. Schließlich wurde ein Antrag Reichert angenommen, die Versammlung zu vertagen. Kollege Dehmel ersuchte, diesen Punkt als ersten auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, was geschehen soll. Mit 37 zu 35 Stimmen wurde noch Antrag Fuß angenommen, den Obmann des Bezirksbildungsausschusses zur nächsten Versammlung zu laden. (Eingeg. 27. 1.)

Breslau. Ordentliche Generalversammlung am 18. Januar. Unter Verbandsangelegenheiten betonte der Vorsitzende unter anderem, daß es wohl der Mitgliedschaft schmeichlicher Wunsch sei, in diesem Jahre ein tarifliches Verhältnis zu schaffen, darum bat er die Mitglieder, alles daran

zu setzen und die Werbetrommel tüchtig zu rühren, um zu gegebener Zeit gewappnet und geschlossen hinter ihren Forderungen zu stehen, denn in der Einigkeit liegt der Erfolg. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes fand vollste Anerkennung, denn die Mitgliedschaft ersah daraus, welche große Pflichten die Ortsverwaltung zu erfüllen hatte. Es wurden im Berichtsjahre abgehalten 11 Versammlungen, davon drei mit auswärtigen Referenten, zehn Druckereiversammlungen, eine Vertrauenspersonensitzung. Der Vorstand nahm außerdem teil an drei Vorstandes-Konferenzen, zwölf Kartell-sitzungen und einer Bezirksleiter-Konferenz. Auch wurden unvermutete Kassenrevisionen vorgenommen und zehn Vorstandssitzungen abgehalten. An Besessenen waren 164 Karten und Briefe zu verzeichnen, an Ausgehenden 267 Briefe und Zirkulare. Durch 3800 Zirkulare sind die Mitglieder auf dem Laufenden gehalten worden. Die Neuwahl des Ortsvorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Reinhold, 2. Vorsitzender Kollege Reßmann, Kassierer Kollege Michael, 1. Schriftführer Kollege Prophet, 2. Schriftführer Kollege Kusche, Beisitzer die Kollegen Müller und Kraut, Revisoren die Kollegen Döring, Karbstein, Schwib, Kartelldelegierter Kollege Karbstein. Als Remuneration der Funktionäre wurde die alte Norm beibehalten. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme im dritten Quartal von 1120,30 Mk., im vierten Quartal 1152,70 Mk. Ausgabe im dritten Quartal 574,28 Mk., im vierten Quartal 498,91 Mk. In die Hauptkasse wurden gefandt im dritten Quartal 546,02 Mk., im vierten Quartal 653,79 Mk. Arbeitslos waren im dritten Quartal 24 Mitglieder, 16 männliche und 8 weibliche; 12 männliche Unterstüßte 169 Tage, 4 männliche Nichtunterstüßte 143 Tage, zusammen 312 Tage; 3 weibliche Unterstüßte 73 Tage, 5 weibliche Nichtunterstüßte 119 Tage, zusammen 192 Tage; Gesamtzahl 504 Tage. Krank waren im dritten Quartal 38 Mitglieder, 16 männliche und 22 weibliche; 5 männliche Unterstüßte 53 Tage, 9 männliche Nichtunterstüßte 223 Tage, zusammen 276 Tage; 5 weibliche Unterstüßte 96 Tage, 17 weibliche Nichtunterstüßte 324 Tage, zusammen 420 Tage; Gesamtzahl 696 Tage. Die Erwerbslosigkeit von 62 Mitgliedern betrug demnach 1200 Tage oder 200 Beitragswochen. Arbeitslos im vierten Quartal waren 20 Mitglieder, 15 männliche und 5 weibliche; 8 männliche Unterstüßte 134 Tage, 7 männliche Nichtunterstüßte 348 Tage, zusammen 482 Tage; 2 weibliche Unterstüßte 48 Tage, 3 weibliche Nichtunterstüßte 106 Tage, zusammen 154 Tage; Gesamtzahl 636 Tage oder 106 Beitragswochen. Krank waren 29 Mitglieder, 16 männliche und 13 weibliche; 8 männliche Unterstüßte 121 Tage, 8 männliche Nichtunterstüßte 292 Tage, zusammen 403 Tage; 5 weibliche Unterstüßte 37 Tage, 8 weibliche Nichtunterstüßte 348 Tage, zusammen 788 Tage. Die Erwerbslosigkeit von 49 Mitgliedern betrug demnach 1424 Tage oder ein Verlust von 237 Beitragswochen. Auf Antrag des Obmannes der Revisoren wurde dem Kassierer für seine gewissenhafte Pflichterfüllung, übereinstimmend mit der Prüfung der Bücher und Belege, einstimmig Decharge erteilt.

Unter Verschwiegenem wies der Vorsitzende ganz besonders auf die am 15. Februar 1914 stattfindende Krankentassenwahl hin und forderte alle 21-jährigen Mitglieder auf, ihrer Wahlspflicht zu genügen. Ausgeschlossen wegen Beitragsrückzahlung wurde das Mitglied Feige. Auf Antrag des Kollegen Döring wurde der Kassierer beauftragt, die Ausfüllung der Listen für den Gauleiter zu unterlassen und diese Zeit für Agitation zu verwenden. (Eingeg. 26. 1.)

Frankfurt a. M. Die Mitgliederversammlung am 20. Januar war von 46 Mitgliedern besucht. Der zweite Vorsitzende, Kollege Seipel, machte einige geschäftliche Mitteilungen und begrüßte die aufgenommenen Mitglieder, unter anderen den von Berlin zugezogenen Kollegen Schulze. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom vierten Quartal, den die Revisoren für richtig befunden erklärten und die Dechargeerteilung beantragten, was auch geschah. Hierauf referierte Kollege Raß über die geplante Einführung einer Arbeitslosenversicherung der Stadt Frankfurt a. M. Reber führte aus, daß die Stadt eine Arbeitslosenversicherung nach dem Kölner System einzuführen gedenke, während von den Gewerkschaften das Genter System propagiert werde. Da aber das Genter System keine Aussicht auf Annahme hat, der Entwurf des Magistrats aber nach dem Kölner System sehr viele Schattenseiten aufweise, so sei es noch fraglich, ob wir als Gewerkschaften uns an der Arbeitslosenversicherung beteiligen könnten. Es wäre abzuwarten, ob es der eingesetzten Kommission gelang, den Entwurf so zu gestalten, daß

eine Beteiligung möglich sei. Für unsere Organisation wäre dies nur dann der Fall, wenn wir in die erste, Gefahrenklasse aufgenommen würden und nicht, wie vorgesehen, in die zweite. Reber empfahl vorläufig von einer Beschlußfassung abzusehen, bis der geänderte Entwurf uns vorliegt. Eine rege Diskussion fand statt, in der sich die Mitglieder im Sinne des Referenten entschieden. Als Beisitzerin wurde die Kollegin Fröhlich gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die ferneren Versammlungen noch zahlreicher besucht sein mögen wie heute, da der Verbandstag in diesem Jahre stattfindet und deshalb die Kollegenschaft eine Verpflichtung hat, sich in den Versammlungen mit den einlaufenden Anträgen zu beschäftigen. (Eingeg. 26. 1.)

Karlsruhe. Ordentliche Generalversammlung am 18. Januar. Der Vorsitzende, Kollege Kieger, gab den Jahresbericht, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Es fanden 12 Vorstandssitzungen und 10 Mitgliederversammlungen statt. Geschäftsversammlungen wurden vier abgehalten. Der in der Versammlung anwesende Gauleiter, Kollege Werner-Schüttgart, gab einen umfangreichen Bericht, wobei er besonders auf den Streit eingieng. In seinen Ausführungen stellte er den Sachverhalt vom Beginn des Streiks bis zur Beendigung in markanten Worten fest. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Werner für seine auffällenden Worte. Der Kassierer, Kollege Kehler, erstattete hierauf den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde der Verwaltung Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Kieger, als 2. Vorsitzender Kollege Lotisch, als Kassierer Kollege Kehler, als Schriftführer Kollege Weisstein, als Beisitzerin Kollegin Schwarz, als Revisoren Kollege Bräuer und die Kollegin Link. Um eine Grundlage zu einer Lokalkasse zu schaffen, wurde ein Antrag, ab 1. Februar einen Ortszuschlag von 5 Pf. pro Woche zu erheben, einstimmig angenommen. In der Versammlung war die Hälfte der Mitglieder anwesend. Mit der Aufforderung, im neuen Jahre tüchtig zu agitieren, damit unsere Zahlstelle wieder vorwärts gebracht wird, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung. (Eingeg. 26. 1.)

Königsberg. Unsere zum 18. Januar einberufene ordentliche Generalversammlung wies leider, trotz der Reichhaltigkeit der Tagesordnung, nur schwachen Besuch auf. Den geschäftlichen und finanziellen Rück- und Uebersicht erstatteten in ausführlicher Weise der Vorsitzende und der Kassierer. Der Jahresdurchschnittsmitgliedersstand betrug 127 (40 männliche, 87 weibliche) Personen, welche 5968 Beitragsmarken lösten, so daß auf jede derselben 47 Beiträge entfielen. Krankheitswochen gelangten 315, Arbeitslosenwochen 170 und Reste am Jahresabschluss 58 zur Anschreibung. Durch Fluktuation ist demnach ein Verlust von 0,73 Marken pro Mitglied entstanden. Eingetreten sind 33, ausgeschieden 37. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 2305,50 Mk. (1912: 2251,80 Mk.). Ausgegeben hiervon wurden für Arbeitslose 679,35 Mk., für Kranke 333,80 Mk., für Wöchnerinnen 50,— Mk. und für die Verwaltung 172,90 Mk., so daß 1069,45 Mk. (1912: 1320,62 Mk.) der Zentralkasse überwiesen werden konnten. Einige tarifliche Differenzen sind ohne Anspruchnahme des Schiedsgerichts durch Vorstellungsverhandlungen des Vorsitzenden und unserer Vertrauensperson in einem Betriebe erledigt. Die Ortskasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 516,66 Mk. ab und verblieb am Jahresabschluss ein Bestand von 27,46 Mk. Im Anschluß hieran berichtete der Gauleiter über unsere Gau-Sterbehilfen, welche mit einem Bestande von 211,56 Mk. abschloß. Mit Ausnahme des Schriftführers wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und durch Zuwahl einer stellvertretenden Kassiererin ergänzt. Sodann referierte der Gauleiter über die derzeitige Situation im graphischen Gewerbe und deren Lehren für uns. Beim Punkt „Verschiebung“ wurde dem Vorstände die Ermächtigung zur Veranstaltung eines Winterbezugs am 22. Februar im „Neuen Schützenarten“ erteilt. Unter Hinweis auf einzelne Punkte des Referats schloß der Vorsitzende die mehr als dreistündige Versammlung mit der Mahnung, im Kreise der nichtanwesenden Mitglieder dahin zu wirken, daß der Besuch im neuen Vereinsjahr ein besserer werde, damit wir nicht später uns selbst die Schuld zuschreiben hätten, wenn unsere wirtschaftlichen Interessen nicht mit gehörigem Nachdruck vertreten werden könnten. (Eingeg. 26. 1.)